

Frankenberger Tageblatt

Begründet 1842.

Bezirks-Anzeiger

70. Jahrgang.

Amtsblatt für die königliche Amtshauptmannschaft Flöha, das königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Frankenberg i. Sa.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Hoffberg in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag von E. G. Hoffberg in Frankenberg i. Sa.

Er scheint an jedem Wochentag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis vierteljährlich 1 A 50 S, monatlich 50 S, Frägerlohn extra. — Einzelnummern laufenden Monats 5 S, früherer Monate 10 S.

Befellungen werden in unserer Geschäftsstelle, von den Boten und Ausgabestellen, sowie von allen Postanstalten Deutschlands und Österreichs angenommen. Nach dem Auslande Versand wöchentlich unter Kreuzband.

Ankündigungen sind rechtzeitig aufzugeben, und zwar größere Inserate bis 9 Uhr vormittags, kleinere bis spätestens 11 Uhr mittags des jeweiligen Ausgabestages.

Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmter Stelle kann eine Garantie nicht übernommen werden.

— 61. Telegramm: Tageblatt Frankenbergischer.

Anzeigenpreis: Die 6-gesp. Zeitspaltel oder deren Raum 15 A, bei Lokal-Anzeigen 12 A; im amtlichen Teil pro Zeile 40 A; „Eingeladene“ im Redaktionsstempel 35 A. Für schwierigen und tabellarischen Satz Aufschlag, für Wiederholungsdruck Ermäßigung nach feststehendem Tarif. Für Nachweis und Offerten-Aannahme werden 25 A Ertragsgebühr berechnet.

Inseraten-Aannahme auch durch alle deutschen Annoncen-Expeditionen.

Frau **Fransiska verw. Engelmann** in Oberlichtenau beabsichtigt, in ihrem Grundstück Nr. 49B der Ortsliste für Oberlichtenau (Flurstück Nr. 235a des Flurbuchs für diesen Ort) eine

Kleinviehflächteranlage

zu errichten.

Gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung wird dies mit der Aufforderung bekannt gemacht, etwaige Einwendungen hiergegen, soweit sie nicht auf besonderen Privatrechtstiteln beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, hier schriftlich anzubringen.

Die auf die Anlage bezüglichen Zeichnungen und Beschreibungen können an hiesiger Kanzleistelle eingesehen werden.

Flöha, am 28. Januar 1911.

Die königliche Amtshauptmannschaft.

Es sind zu zahlen:

1. der **1. Termin der Schaankgewerbesteuer sofort,**
2. der **1. Termin Grundsteuer am 1. Februar 1911,**
3. das **Bürgersechsgeld,**
4. das **Realschulgeld,**
5. die **Dienstboten-Krankenkassensteuer**

allmonatlich.

Frankenberg, am 30. Januar 1911.

Der Stadtrat.

Die Gemeinde-Sparkasse Flöha

verzinst Spareinlagen mit 3 1/2 %. **Expeditionszeit: an jedem Werktag vorm. 8 bis 12, nachm. 2 bis 5 Uhr, Sonnabends durchgehend von vorm. 8 bis nachm. 3 Uhr.** Durch die Post bewirkte Einlagen werden **schleunigst** expediert. — **Fernsprecher Nr. 19.**

Vom Reichstag.

116. Sitzung am 28. Januar vormittags 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung der elsäss-lothringischen Verfassungsvorlage. — **Abg. Windler (Soz.):** Die Begründung der Vorlage ist sehr knapp gehalten. So lange der Diskussionsprozess noch besteht, war es eine schlechte Anlage französischen Geldes, in elsäss-lothringische Zeitschriften gesteckt zu werden. (**Abg. Wetteris:** Inname Infamiation. Der Präsident erteilt dem **Abg. Wetteris** einen Ordnungsruf.) Ich bitte die Regierung um Beantwortung folgender Frage: Werden wir auch in Zukunft eine Interpellation über elsäss-lothringische Dinge einbringen können? oder wird man dann sagen: wir sind nicht zuständig? Die Zusammenkunft der Zweiten Kammer muß unbedingt in das Verfassungsgesetz hinein. Ueber das Wahlrecht äußere ich mich jetzt nicht; wir können den Vorschlägen des Entwurfs nicht zustimmen, und am allerwenigsten der elsäss-lothringischen Forderung die Befugnis geben, späterhin das Wahlrecht zu ändern. Das Wichtigste aber ist, können wir dieses Experiment machen ohne die Gewähr, es später wieder zurückmachen zu können? Vielleicht bringt die Kommissionsberatung Verwahrung. Einswellen haben wir schwere Besorgnisse (Beifall rechts).

Reichstanzler v. Bethmann-Hollweg: Die überwiegend günstige Stimmung von vor einem Jahre hat einer sehr lebhaften und vielfach ablehnenden Auffassung Platz gemacht; aus der vorgetragenen Debatte habe ich aber doch einen etwas freundlicheren Eindruck empfangen. Die pessimistische Auffassung denkt nur an eine Einverleibung. (Hört!) Das wäre aber im höchsten Gegenstand zur ganzen deutschen Politik. Es ist doch erklärlich, daß der Verfassungsprozess nicht so schnell vor sich geht, wie es doch alle wünschen. Aber es wäre ein Fehler, aus dieser Langsamkeit den Schluß zu ziehen, daß wir nun die Hände in den Schoß legen sollen. Im Gegenteil, wir müssen viel mehr, wie bisher, die politische, die kulturelle und vor allem auch die wirtschaftliche Schwere Deutschlands zur Angelegenheit für Elsäss-Lothringen werden lassen. Gerade der Stillstand in den letzten 30 Jahren muß für manche unerfreulichen Erscheinungen verantwortlich gemacht werden. Eine Politik der Nachgiebigkeit und des Entgegenkommens gegen die Elemente, die gegen den Anschluß an Deutschland kämpfen und heben, hat uns rüchwärts gebracht. (Beifall.) Diese Elemente müssen die Hand des Sieges fühlen. Solche Bestrebungen, wie in Weß und Dornach, werden mit aller Energie unterdrückt. Man kann aber für solche Vorgänge nicht die ganze Bevölkerung verantwortlich machen. Wäre ich Elsäss-Lothringer, so würde auch ich möglicherweise die volle Autonomie fordern, aber nicht auf republikanischer, sondern auf monarchischer Grundlage. Treiben Sie nicht eine Alles-oder-Nichts-Politik. Die Vorlage bedeutet auch in ihren Beschränkungen einen bedeutenden Schritt zu größerer Selbständigkeit des Reichslands. Wir können nicht nach Elsäss-Lothringen ein beliebiges fremdes Wahlrecht verpflanzen. Das Wahlrecht ist nicht Sache eines Dogmas, es muß nach den Verhältnissen verchieden sein. Bei Elsäss-Lothringen kann ich mich nur fragen: wie ist das in diesem Lande übliche, seinen Bewohnern gewohnt geworden Wahlrecht zu gestalten, daß die Wohlfahrt des Landes und damit auch die des Reiches besser gefördert wird. Auf denselben Standpunkt stelle ich mich auch in der preussischen Wahlrechtsfrage. Sollten wir in Preußen durch das Wahlrecht den Klassen die Herrschaft über das Parlament und etwa auch über die Regierung geben, dann würde das, da die Reichsleitung doch auch die preussischen Stimmen im Bundesrat führt, einer Desorganisation des Deutschen Reiches gleichkommen. Preußen wird sein Wahlrecht ohne Rücksicht auf die Wähler anderer Staaten so gestalten, daß es eine konstante haarscherbende Reichspolitik führen kann. In der Stellung des Statthalters als Stütze der reichsständigen Regierung und in der Stellung des Reichstanzlers zum Statthalter wird durch unsere Vorschläge nichts geändert. Von der Forderung des Zweikammerystems — das erkläre ich mit aller Bestimmtheit — werden die verbündeten Regierungen nicht abgehen. Dieses System muß ein Vollwerk sein, das eine jedem Zweifel entrichtete deutsche Politik in den Reichslanden gewährleistet. Es handelt sich darum, dem Lande zu geben, was das Bundes ist, und dem Reiche, was das Reich ist.

Abg. Bretsch (Liberale, Demokrat): Unsere Forderung der Autonomie scheint unangenehm zu sein, weil man uns nicht als Mitglied, sondern als Verleugung für gewisse Bestrebungen betrachtet. Es ist der circulus vitiosus: Man will uns erst als vollberechtigter anerkennen, wenn wir deutsche Gefinnung an den Tag legen, ist aber alles, was das Ankommen des Zusammengehörigkeitsgefühls geradezu zu verhindern. Die Vorgänge in Weß können die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes nicht begründen. Das nicht auch Berlin sein Noabot? Herr v. Köller hat es verstanden, die größten Dilemme zu erzeugen; unter der Regierung des einheimischen Staatssekretärs **Jorn v. Dulach** tragen diese Elemente das Haupt wieder bedenklich hoch. Die Vorlage ist ein Verlegenheitsprodukt. Niemand im Elsäss will von der Monarchie etwas wissen, das Land ist streng demokratisch, während soll man uns den lebensfähigen Statthalter geben, die Landesverwaltung von Berlin unabhängig zu machen. Die Verfassung, die jedermann von außen her wieder aufgehoben

werden kann, ist überhaupt eine Verfassung. Wir fordern ein allgemeines und gleiches Wahlrecht. Absolut unannehmbar ist das Ernennungsrecht zur Ersten Kammer. Wachen Sie dem unwillkürlichen Progressum ein Ende.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Wirtsch. Bg.): Diese Rede beweist, daß der Zeitpunkt noch nicht gekommen ist, Elsäss-Lothringen eine eigene Verfassung zu geben. Die Mehrheit der Bevölkerung ist noch nicht reif, noch nicht würdig dafür. (Widerspruch der Liberalen.) Der Deutsche lebt im Reichsland wie im Feindesland. (Lachen und Widerspruch.) Die Soldaten werden bei jeder Gelegenheit überverteilt. (Starker Widerspruch der Liberalen; Rufe: Zur Ordnung!) Ist gegen den Polizeipräsidenten von Mühlhausen, der revolutionäre Umstände gestattete, eingeschritten worden? Wir lehnen die Vorlage vollständig ab. Wir halten die geplante Verfassungsänderung für eine Gefahr für die Sicherheit des Reiches. Das wäre die Fortsetzung der Vorlage. Der nächste Krieg wird durch die elsäss-lothringische Verfassung in nächster Nähe gerückt. (Beifall und Chorufe.) Das sage ich, obwohl ein Appell an die Furcht keinen Widerhall im deutschen Herzen findet. (Beifall.) (Soz.) Die Verfassung des Reiches ist eine Einheit von Ihrer Seite. Dieses erneute Entgegenkommen gegen Elsäss-Lothringen muß direkt ansetzend auf Frankreich wirken. Am besten wäre es gewesen, man hätte letzterzeit das Reichsland Preußen einverleibt. Wenn die Elsäss-Lothringer nicht erreichen, was sie wünschen, dann sind sie daran selbst schuld.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Der **Abg. Bretsch** hat mit seiner Rede die Sympathien für seine weitergehenden Forderungen nicht gewährt. Er hat offenbar einen Mißgriff getan. Das beweist schon der letzte Redner. Sein Wortwort, daß unsere Truppen im Reichsland schlecht und unfreundlich behandelt würden, ist in dieser Allgemeinheit nicht richtig. Die Verfassung des Reiches ist eine Einheit von Ihrer Seite. Dieses erneute Entgegenkommen gegen Elsäss-Lothringen muß direkt ansetzend auf Frankreich wirken. Am besten wäre es gewesen, man hätte letzterzeit das Reichsland Preußen einverleibt. Wenn die Elsäss-Lothringer nicht erreichen, was sie wünschen, dann sind sie daran selbst schuld.

Abg. Fehr v. Hertling (Str.): Die Ausführungen des Herrn v. Liebermann entsprechen wenig dem Geist der Verfassung. Auch die Ausführungen des **Abg. Bretsch** bedauern wir unendlich, als sie aus elsässlichem Munde kamen. (Beifall.) Im Gegenteil zum **Abg. v. Liebermann** erklären wir, eine elsässliche Frage gibt es nicht mehr, weder als deutsche, noch als internationale Frage. Wir danken dem **Fürsten Bismarck**, daß er das Reich so gestaltet hat, wie er es getan hat. (Beifall.) (Hört!) Wir im Säben leben am weitesten im Reich nur Preußen und die umliegenden Ostprovinzen. (Beifall.) Unter Ziel muß auch für das Elsäss die vollständige Eingliederung als gleichberechtigter Faktor in das Deutsche Reich, mit einer selbst heimischen monarchischen Spitze. Wir sind prinzipiell für die Einwirkung des Reichstagswahlrechts auch im Reichsland. An den von der Regierung vorgeschlagenen Einschränkungen werden wir die Vorlage nicht ablehnen lassen. Die Ablehnung einer Verfassung im Bundesrat durch den Reichstanzler ist offensichtlich nicht sein letztes Wort.

Abg. Böckle (Soz.): Der **Reichstanzler** hat es, der die elsäss-lothringische Bevölkerung lange in dem Glauben erhalten hat, daß er mit der Zeit kommen würde, da Elsäss-Lothringen wieder mit Frankreich vereinigt wird. (Unruhe im Centrum.)

Abg. Gregoire (Soz. d. RL): Wir beklagen aufs tiefste die Angriffe des Herrn Liebermann auf das elsässische Volk und wessen sie schief zurück. Der Entwurf bringt eine Enttäuschung, eine Teilreform, ein Stückwerk, aber immerhin einen Schritt vorwärts, vor allem das freiwahlrecht. Die fehlende Vertretung im Bundesrat ist ein schweres Hindernis für die Reichsfreundschaft. — **Abg. Dove (Sp.):** Der Entwurf bringt manches Gute, aber warum gehen wir nicht weiter? — **Abg. Hüffe (Sp.):** Man darf die letzten Vorgänge nicht so tragisch nehmen. Sidenerfahrungen gibt es überall. Unsere Regierung sucht den richtigen Weg zu finden. Das Land setzt sich nach langen Jahren nach einer Verfassungserweiterung und nun ist die Gelegenheit da, aus dem Entwurf etwas Brauchbares zu machen. — Hieraus hat noch der elsässische Zentrumabgeordnete **Betteris** eine sehr scharfe Rede von nationalitätlichem Standpunkt aus. Ihm antwortet der Staatssekretär von Elsäss-Lothringen **Jorn v. Dulach**, indem er die Angriffe **Betteris** zurückweist und sagt, die Mehrheit der elsäss-lothringischen Bevölkerung nehme die Vorlage mit Dankbarkeit an. Er selbst als Elsäss-Lothringer würde es ja auch gerne sehen, wenn die volle Autonomie gewährt worden wäre. Aber er hoffe, daß er sie noch erlände.

Hierauf schließt die Debatte. Die Vorlage wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen. Nach einer langen Reihe von persönlichen Bemerkungen verläßt sich das Haus um 1/8 Uhr auf Montag nachmittag 2 Uhr. Tagesordnung: Petitionen.

Oertliches und Sächsisches.

Frankenberg, 30 Januar 1911.

König Friedrich August auf der Auslandsreise.

König Friedrich August hat am heutigen Montag früh 7 Uhr 22 Minuten seine Reise nach Ägypten und dem Sudan angetreten und sich über Leipzig und Frankfurt a. M. nach Genoa begeben. In der Begleitung des Königs befinden sich der Gesandte in Wien, Graf von Keg, der Leibarzt Generalarzt Dr. Sella, sowie die Flügeladjutanten Major Freyherr v. Könnert und v. Schmalz. Am Dienstag früh 10 Uhr 40 Min. trifft der König in Genoa ein, und schon um 12 Uhr geht er auf dem Lloyd-Dampfer „Großer Kurfürst“ in See. Der Dampfer fährt über Neapel nach Port Said, wo die Ankunft etwa am 6. Februar erfolgen wird. Am folgenden Tage trifft der Dampfer in Port Sudan ein. Hier geht der König an Land und begibt sich mit der Bahn zunächst nach Suakin und dann aufwärts am Nil bis in die Kardarschaft von Fachoda. Die Reise, die der König im strengsten Intonito unternimmt, gilt zunächst der Hochwildjagd. Aber auch Land und Leute will der König aus eigener Anschauung kennen lernen und schließlich eine Anzahl deutscher bez. sächsischer Industriestablissemments besuchen, die sich im Laufe der Jahre in Ägypten angegliedert haben. Während der Abwesenheit des Königs wird sein Bruder, Prinz Johann Georg, in Stellvertretung die laufenden Regierungsgeschäfte führen. Außerdem wird der mit auf der Reise befindliche Graf von Keg eine ständige Verbindung auf schriftlichem Wege unterhalten und in dringenden Fällen sich auch der telegraphischen Benachrichtigung bedienen. Am 12. April gedenkt der König wieder nach Dresden zurückzukehren. Man wird in Sachsen eines sein in dem Wunsch, daß die Reise glücklich vollendet werden und der König in aller Frische und befricdigt von den Ergebnissen der Reise in die Heimat zurückkehren möge.

†g. Aus der Stadtverwaltung.

Am Freitag nachmittag fand Sitzung des Stadtrats statt, bei welcher Gelegenheit der in den Ruhestand überretrende Herr Stadtrat Stephan sich unter Niederlegung seiner amtlichen Stellung vom Ratskollegium verabschiedete unter Dank für die vielen Beweise des Vertrauens, die er während seiner langjährigen Amtierung gefunden hat, zugleich aber unter besten Wünschen für die Zukunft seiner Vaterstadt, der er von Jugend an mit Liebe und Freude diente. Wie Herr Stadtrat Stephan es gewünscht hat, vollzog sich sein Austritt aus dem Amte in aller Stille; er hatte sich jedwede ihm etwa zuge dachte besondere Ehrung verbeden, nachdem ihm schon bei seinem 50jährigen Berufs jubiläum (Ende Februar 1910) so viel seitige Ehrungen und Anerkennungen zuteil geworden sind. Wenn Herr Bürgermeister Dr. Jrmel bei Eröffnung der er wählten Ansprache in warmen Worten dem scheidenden treuen Beamten für seinen unendlichen Fleiß und sein warmes Interesse für die Stadt und vor allem für die gewissenhafte Leitung der ihm übertragenen Verwaltungsgeschäfte innigen Dank der Stadtvertretung ausgesprochen hat, so wird Herr Stephan wohl die ganze Bürgerschaft gleiche Anerkennung zusprechen müssen. Es hatte Herr Stadtrat Stephan während seiner auf über 50 Jahre zurückgreifenden Tätigkeit reichliche Gelegenheit, in allen Entwicklungsphasen, welche unsere Stadt im letzten Halbjahrhundert zu durchleben hatte, wertvolle Arbeit zu leisten, und wer aus unserer Bürgerschaft wäre in so langer Zeit nicht Herrn Stadtrat Stephan näher getreten? Wenn auch viele von Herrn Stadtrat Stephan geleistete Arbeit sich im stillen vollzogen hat, nach außen hin unmerkbar, wovon nur die Akten dem berufenen Beamten Aufschluß geben, so wird doch manches großes Werk den Namen des Herrn Stadtrat Stephan als Mitstücker in die ferne Zukunft weitertragen. Dazu seien gerechnet die bauliche Neugestaltung vieler Teile unserer Stadt, das erfreuliche Blühen und die fortgeschrittene Erweiterung der Gasanstalt, die Aufschließung und der Ausbau des Vögeltales und dessen nächster Umgebung, wie auch die kräftige Förderung der großen Institution unserer